



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Donnerstag, 20.10.2011**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **20:00 Uhr**

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmer

Herr Wolfgang Bovekamp

Herr Ralf Dickmann

Frau Andrea Geiger

Herr Eugen Gette

Herr Peter Hellweg

Herr Franz-Josef Helmers

für Frau Dr. Preckel

Herr Hubert Kobrink

Frau Elisabeth Lesting

Herr Helmut Mittelbach

Frau Katharina Noll

Herr Alexander Ringbeck

Frau Dr. Birgit Schneider

Herr Wolf-Rüdiger Soldat

Herr Florian Westerwalbesloh

Frau Lena Wickenkamp

Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Frau Mechthild Gröver

Herr Michael Jathe

Schriftführerin

Frau Hannelore Rampelmann

Gäste

Herr Hanewinkel

Jobcenter

Herr Kinner

PRO ARBEIT Oelde

Frau Nienkemper

PRO ARBEIT Oelde

Frau Kiara Proske

Schülerpraktikantin

Frau Geschäftsführerin ARGE Petra Schreier

Jobcenter

es fehlten entschuldigt:

Frau Dr. Claudia Preckel

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Einwohnerfragestunde	
2. Befangenheitserklärungen	
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31.03.2011	
4. Bericht zur Umsetzung der Option SGB II ab 01.01.2012 im Kreis Warendorf insbesondere Beschäftigungsförderung; Berichterstattung: Frau Schreier, Geschäftsführerin Jobcenter SGB II und Herr Hanewinkel	
5. Kommunale Beschäftigungsförderung, 1. Projektberichte der PRO ARBEIT 2010; 2. Verwendungsnachweis 2010 und Ausblick auf 2012 Vorlage: M 2011/500/2264	
6. Kommunale Beschäftigungsförderung; Kooperationsvertrag II ab 01.01.2012 und Folgejahre; Zuschussbewilligung PRO ARBEIT Oelde ab 01.01.2012 und Folgejahre Vorlage: B 2011/500/2269	
7. Sachbericht SGB XII; Entwicklung der Fallzahlen, Kostenentwicklung Vorlage: M 2011/500/2270	
8. Sachbericht Asyl Vorlage: M 2011/500/2273	
9. Sachbericht Wohngeld Vorlage: M 2011/500/2272	
10. Familienpolitische Förderung; Familienpass Vorlage: B 2011/500/2274	
11. Sachbericht Förderung Seniorenarbeit/Ehrenamt/Integrationsarbeit Vorlage: M 2011/500/2275	
12. Verschiedenes	
12.1. Anfragen an die Verwaltung	
12.2. Mitteilungen der Verwaltung	

Die Vorsitzende Frau Krause begrüßt als Gäste die anwesenden Schülerinnen und Schüler und die Vertreter des SeniorenForums sowie die Mitglieder des Sozialausschusses und der Verwaltung. Weiterhin begrüßt sie Frau Schreier und Herrn Hanewinkel vom Jobcenter sowie Frau Nienkemper und Herrn Kinner von der PRO ARBEIT Oelde.

Herr Soldat weist daraufhin, dass die Schülerinnen und Schüler der Realschule, die sich mit der Ratsarbeit etc. derzeit beschäftigen, auf Klassenfahrt sind und nicht an dieser Sitzung teilnehmen können.

Frau Gröver gibt zur Information für die Besucher des Sozialausschusses einen Überblick über die 12 Sozialgesetzbücher. Wie der Name bereits sagt, beschäftigen sich die verschiedenen öffentlichen Stellen mit der Umsetzung der Sozialgesetze. U.a. handelt es sich um die Arbeitslosen-, Kranken-, Rentenversicherungen etc.. Wir als Kommune beschäftigen uns vorrangig mit den Sozialgesetzbüchern II und XII. Früher waren diese Gesetze als Sozialhilfe bekannt.

Öffentliche Sitzung

1. **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gestellt.

2. **Befangenheitserklärungen**

Es ist kein Ausschussmitglied befangen.

3. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31.03.2011**

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt einstimmig das Protokoll der Sitzung vom 31.03.2011.

4. **Bericht zur Umsetzung der Option SGB II ab 01.01.2012 im Kreis Warendorf insbesondere Beschäftigungsförderung; Berichterstattung: Frau Schreier, Geschäftsführerin Jobcenter SGB II und Herr Hanewinkel**

Frau Schreier vom Jobcenter berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation über die aktuelle Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten, Ranking nach Städten und Gemeinden, Zielsetzung und Zielerreichung 2011, Statistiken zu ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitsmarktpolitik. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anhang bei.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten, Ranking:

-Auf Basis der eigenen Auszählung des Jobcenters im **September 2011** 7.860 Bedarfsgemeinschaften im Kreis Warendorf. Im Januar **2009** wurden 8.105 Bedarfsgemeinschaften gezählt.

-Die Zahl der Leistungsberechtigten liegt im September 2011 bei 16.243 Personen, die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei 11.666.

-Danach hat Oelde im September 2011 576 Bedarfsgemeinschaften und steht nach den Städten Ahlen,

Beckum und Warendorf an vierter Stelle im Kreis nach Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Gegenüber September 2010 ist eine Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften in Oelde um 10,1 % festzustellen.

Zielwerte 2011

Die passiven Leistungen Bund belaufen sich auf 34 Mio. Euro. Dabei beträgt die Integrationsquote zum Jahresende 25 %. Es ist insgesamt eine Verringerung der Kunden mit einer Dauer von über 24 Monaten auf 1.875 Personen gezählt worden.

Die Leistungen der Unterkunft belaufen sich auf 30,7 Mio. €.

Zielerreichung 2011 – Passive Leistungen Bund-

Bis einschl. August 2011 wurden bislang 22,8 Mio. Euro und damit 682 Tsd. Euro weniger als der Sollwert an Arbeitslosengeld II und Sozialgeld ausgezahlt. Damit wurde die Zielvorgabe um 2,9 unterschritten.

Bei der Zielerreichung der Integrationen wurde eine Integrationsquote der Kunden im Kundenkontakt für diesen Personenkreis von 20,4 % vorgegeben. Bisher erreichte man 19,6 % bzw. 2.045 Integrationen.

Bei dem durchschnittlichen Bestand der Kunden mit einer Dauer über 24 Monate wurde ein durchschnittlicher Bestand von 1.881 vorgegeben. Tatsächlich beträgt die Anzahl der Kundenkontakte bei 2.004, somit 6,6 % über dem Sollwert.

Für die Unterkunft wurden bislang 20,611 Mio. Euro an Leistungen ausgezahlt. Hier kann ein Rückgang von 3,5 % gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr festgestellt werden.

Im Vorjahr wurden im gleichen Zeitraum 21,368 Mio. Euro ausgegeben.

Die Zahlen über arbeitslose Personengruppen sind im einzelnen in der Präsentation enthalten.

Arbeitsmarktpolitik ab 01.01.2012

Die voraussichtlichen finanziellen Ressourcen für aktive Arbeitsmarktpolitik ab 2012 enthalten 8,0 Mio. Euro im Eingliederungstitel II. Das bedeutet, dass 1,9 Mio. Euro weniger als in 2011 bereit gestellt wurden. Ein weiterer Rückgang der Bundesmittel bis 2014 ist zu erwarten, sodass knappere Finanzmittel zu einer Effizienzsteigerung beim Einsatz von Arbeitsmarktinstrumenten führen müssen, um das vorgegebene Ziel zu erreichen.

Als Anlage in der Präsentation ist eine Übersicht über die Organisation des Jobcenters im Kreis Warendorf enthalten.

Frau Schreier berichtet über vorgesehen Veränderungen im

- *Strategischen Bereich*
 - Stärkere Bewerberorientierung
 - Gezielte, bedarfsorientierte Arbeitgeberakquise
 - Intensivere Netzwerkarbeit
 - Zunehmende Orientierung am Sozialraum
 - Dienstleistungen innerhalb der Kreisverwaltung bündeln
 - Mehr ESF-Mittel in die Region holen
- *Operativen Bereich*
 - Eigener Arbeitgeberservice
 - Eigene Wahrnehmung der Ausbildungsstellenvermittlung
 - Einführung eines sozialintegrativen Fallmanagements
 - Abwicklung des kompletten Bildungs- und Teilhabepaketes im Jobcenter
 - Koordination Schulsozialarbeit
 - Stärkere Einbindung beim Übergang Schule/Beruf

Folgende Auswirkungen wird das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt haben:

- Bundestag hat am 23.09.2011 die Reform der Arbeitsmarktinstrumente beschlossen, die im April 2012 in Kraft treten werden.
- Streichung und Zusammenlegung von derzeit 42 auf 31 Arbeitsmarktinstrumente.
- Zulässige Dauer von Praktika in Fördermaßnahmen von 4 auf 6 Wochen heraufgesetzt.
- Öffentlich geförderte Beschäftigung auf 2 Instrumente reduziert.
- Budgetierung Freie Förderung und Förderung von Arbeitsverhältnissen auf max. 20 % des Eingliederungstitels.

Zu den Zielgruppen 2012 zählen folgende Gruppierungen:

- Neue Antragsteller
- Minijobber
- Jugendliche und junge Erwachsene
- Alleinerziehende/Frauen
- Menschen mit Migrationshintergrund
- Gesundheitlich und/oder psychosozial Beeinträchtigte
- Ältere
- Arbeitsmarktferne „Ein-Personen-BG“ im Alter von 25-49
- Langzeitbezieher

In der anschließenden Diskussion berichtet Frau Schreier auf Anfrage, dass Personen, die in ihrem Heimatland eine Ausbildung absolviert haben, diese häufig in Deutschland nicht anerkannt wird. Sicherlich ist die fehlende Fachsprachlichkeit ein Argument, evtl. ihren erlernten Beruf hier in Deutschland nur mit Hemmnissen ausführen zu können. Statistisch zählen diese Personen als nicht qualifizierte Personen.

Der Sozialausschuss bekräftigt die Unterstützung gerade dieser Personengruppe, die durch ihre sogenannte Teilqualifizierung in der Vermittlung nicht als Fachkräfte erfasst werden.

Durch ein sogenanntes Matchingverfahren soll die Zielausrichtung für diesen Personenkreis in der Zukunft erfolgen. Dieses unterstreicht der Sozialausschuss in seiner Diskussion. Frau Schreier berichtet auf Anfrage weiter, dass vor allem ungelernete Alleinerziehende in den Bereichen Gastronomie und Reinigung arbeiten möchten, da sie dann flexibler vor allem gegenüber ihren Kindern sein können. Diese Arbeitsfelder bieten jedoch wenig Chancen, dauerhaft ohne Sozialleistungen leben zu können.

Frau Schreier wird in nächster Zeit einen 60-seitigen Bericht über die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik im Beirat des Kreisausschusses einbringen. Hierbei sind auch die Vorgaben der Ministerin mit eingebunden. Demnach soll bis 2014 jeder 4. Langzeitarbeitslose in Arbeit vermittelt werden.

Herr Soldat weist darauf hin, dass anhand von Daten die Konjunktur wieder schwieriger werden soll, sodass die Vermittlung dieses Klientels in den Arbeitsmarkt noch langwieriger werden dürfte.

Auf Nachfrage teilt Frau Schreier weiter mit, dass die AGH-Stellen („Brückenjobs“) von z.Zt. 30 im Jahr 2010 und 2011 wahrscheinlich beibehalten werden können. Die frühere Zahl der AGH-Stellen von 300, dann 100 Stellen wird nicht mehr erreicht werden können.

Herr Hanewinkel ergänzt, dass die sozialpädagogische Begleitung in den AGHs nicht mehr finanziell unterstützt werden soll.

Abschließend stellt Frau Schreier fest, dass für die Zielsetzung des Jobcenters eine weitere Zusammenarbeit mit der PRO ARBEIT weiterhin gewünscht wird. Sie unterstützt und würdigt die Arbeit des Vereins ausdrücklich.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

**5. Kommunale Beschäftigungsförderung, 1. Projektberichte der PRO ARBEIT 2010; 2. Verwendungsnachweis 2010 und Ausblick auf 2012
Vorlage: M 2011/500/2264**

5.1 Bericht zu Projekten der PRO ARBEIT Oelde in 2010 (Frau Nienkemper/Herr Kinner)

5.2 Verwendungsnachweis 2010–Ausblick 2011 (Auswirkungen der Sparvorschläge/ Einschränkung der Öffnungszeiten), Berichterstattung: Frau Nienkemper/Herr Kinner

Frau Nienkemper und Herr Kinner berichten über die Projekte der PRO ARBEIT Oelde in 2010. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anhang bei.

Danach sind im Jahr 2010 161 Teilnehmer in Brückenjobs und Sofortangeboten betreut worden. Unter AGH, sogenannte lebenspraktische Hilfen, fielen von August 2009 bis April 2010 25 Teilnehmer.

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Projekt Jobperspektive (EGZ = Eingliederungszuschuss) in 2010 ist von 5 auf 2 Mitarbeiter/innen reduziert worden.

Im Kiosk hat eine Umschülerin im Juli 2010 einen erfolgreichen Abschluss abgelegt. Eine weitere Umschülerin ist ab September 2010 eingestellt.

Arbeits- und Trainingsfelder sind im Bereich Metall, Fahrradtechnik, Holz, Möbelab- und -aufbau, Reparatur, Oberflächenbehandlung, Kundenservice, Warendekoration, Stadtreinigung, Grünpflege u.v.m. vorhanden (s. Präsentation).

Die bewilligten Plätze AGH mit MAE (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung = Brückenjobs) bei der PRO ARBEIT haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

2009	bewilligte Plätze	100	durchschnittlich besetzte Plätze	74,3
2010	bewilligte Plätze	70	durchschnittlich besetzte Plätze	54,7
Bis 30.09.2011	bewilligte Plätze	30	durchschnittlich besetzte Plätze	24,2

In sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen befanden sich

Im Jahr 2009	38 Personen
Im Jahr 2010	27 Personen
Bis 30.09.2011	23 Personen

Davon wurden 2009 nach dem Maßnahmeende 4 Personen, im Jahr 2010 7 Personen und im Jahr 2011 noch keine Person vermittelt.

Die pädagogische Begleitung wird durch die ARGE gebucht. Jedoch ist festzustellen, dass der tatsächliche Bedarf für sozialpädagogische Begleitung wesentlich höher ist.

Im Bereich der Qualifizierung wurden 18.710 Unterrichtsstunden in 335 Themenbereichen angeboten. Die Verteilung nach Geschlecht, Einzugsgebiet, Altersstruktur und Schulabschluss ist der Präsentation zu entnehmen.

Von den 10 zugewiesenen Asylbewerbern waren durchschnittlich 5-6 in gemeinnützigen Projekten tätig wie Stadtbildverschönerung und Unterstützung in der Kita.

4 Teilnehmer waren mit Auszeiten kontinuierlich tätig. Das Arbeits- und Sozialverhalten war korrekt. Die übrigen Teilnehmer waren nicht zu erreichen oder können nicht arbeiten.

Freitags gibt es für Asylbewerber die Möglichkeit, an Deutschkursen in jeweils 4 Unterrichtseinheiten teilzunehmen. Grundsätzlich gibt es bei Sprachproblemen auch Betreuungshilfen für Asylbewerber zur Klärung von Angelegenheiten bei der Ausländerbehörde oder anderen staatlichen Einrichtungen. Der Betreuungsumfang durch Anleiter und Lehrkräfte beträgt ca. 10 Stunden/Woche.

2009 konnte keine Vermittlung von Asylbewerbern erfolgen. 2010 erfolgte eine Vermittlung im Gastronomiebereich. 2011 haben bis September 2011 zwei Asylbewerber Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt gefunden, eine Asylbewerberin hat mit einem freiwilligen sozialen Jahr begonnen.

Die aktuellen Zahlen zur Maßnahmenstruktur sind wie folgt:

26 Teilnehmer im Zusatzjob, max. 30 TN
 15 Teilnehmer im Job-Fix, max. 18 TN
 9 Mitarbeiter in Bürgerarbeit (sh. Aufstellung)

Job-Fix-Maßnahme bedeutet:

Dauer:	6 Monate ab 1.6.2011
Nachbesetzung:	bis 01.10.2011
TN-Zahl:	18 Teilnehmer
Vermittelt:	3 Teilnehmer
Ausgeschieden:	3 Teilnehmer

Im Anschluss zur Präsentation berichtet Herr Kinner erste Erfahrungen zu den seit April 2011 im Kiosk gekürzten Öffnungszeiten.

Lt. Herrn Kinner ist der prognostizierte Einnahme-Rückgang aufgrund der **Öffnungszeiten** von 30 % auf z.Zt. 42 % erhöht, was jedoch seines Erachtens auch auf die Ferienzeit zurück zu führen ist. Bis zum Jahresende geht er von insgesamt besseren Zahlen aus.

Diskutiert werden anschließend die Präsenzzeiten des Kiosks. Lt. Frau Nienkemper sind die Vorschläge des Ausschusses, früh morgens und nachmittags die Öffnungszeiten vorzuhalten, den Teilnehmern sowie den Anleitern nicht zuzumuten. Auch ist es lt. Frau Nienkemper nicht machbar, den Anleiter der Radstation auch für den Bereich des Kiosks einzusetzen.

Insgesamt wird vom Ausschuss festgestellt, dass der Kiosk aus finanziellen Gründen veränderte Öffnungszeiten haben musste und dadurch die Wirtschaftlichkeit gemindert ist. Insgesamt sei es nach wie vor schade, dass eine Reduzierung erfolgen musste.

Abschließend teilt Frau Gröver mit, dass das geprüfte Rechnungsergebnis durch das Rechnungsprüfungsamt für das Vorjahr und somit als Übertrag in das Folgejahr ein **Minus von 135.471,36 €** beträgt.

Die Zahlen sind in der Sitzungsvorlage sowie bei diesem Tagesordnungspunkt aufgeführt:

Gemäß Ziffer 3 des Rahmenkonzeptes und Ziffer 5 des Kooperationsvertrages aus 2003 hat der Verein Pro Arbeit e.V. einen Verwendungsnachweis für die von der Stadt Oelde in 2010 gezahlten Zuschüsse vorgelegt. Die Unterlagen wurden vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt auf ihre Richtigkeit hin überprüft.

Das Gesamtbudget der städtischen Zuschüsse 2010 betrug 60.000€.

Mittelverwendung PRO ARBEIT Oelde in 2010

Die Ergebnisse der Jahre 2009/ 2008 sind zum Vergleich aufgeführt.

1. Finanzbudget der PRO ARBEIT Oelde				
	Auftraggeber	2010	2009	2008
Zuschuss Asyl	Stadt/500	10.000,00€	12.500,00€	12.500,00€
Zuschuss Radstation	Stadt/500	12.500,00€	10.000,00€	10.000,00€
Zuschuss Mix Max	Stadt/500	0,00€	0,00€	0,00€
Sockelzuschuss	Stadt/500	37.500,00€	60.000,00€	60.000,00€
Gesamtzuschuss	Stadt/500	60.000,00€	102.500,00€	102.500,00€
Zuschüsse städt. Fachbereiche	Stadt/versch. FD überw. 101	17.036,39€	28.805,78€	28.498,08€
Brückenjobs	ARGE SGB II	266.121,58€	280.782,14€	278.348,21€
Mieteinnahmen *	Stadt/500	7.380,00€	7.380,00€	7.608,00 €
Gesamteinnahmen		350.537,97€	419.467,50€	416.954,29€

Mieteinnahmen* o.MwST : Im Gebäude von-Nagel-Straße hat der FD 500 Lagerflächen für Einrichtungsgegenstände etc. angemietet, die für das Übergangwohnheim zwischengelagert werden müssen. Ein Teil der Fläche wird in Absprache mit dem FD 500 dem Oelder Tisch e.V. als Lager und Ausgabestelle zur Verfügung gestellt.

2. Mittelverwendung/Ergebnisse aus den Projekten				
		2010	2009	2008
Radstation		-31.615,03€	-35.613,5 €	-32.359,84€
Kiosk		-13.595,67€	-12.243,95€	-14.366,58€
Recycling/Mix Max		-106.707,23€	-89.920,37€	-82.284,31€
Brückenjobs		-291.042,23€	-323.600,72€	-295.459,00€
Minigolf Stromberg	Anleiter- Verwaltungskosten bei Recycling erfasst +	+9.341,10	+14.973,67€	+12.152,82€
Gesamtergebnis		-433.619,36€	-446.404,95€	-412.316,91€

3. Rechnungsergebnis				
		2010	2009	2008
Einnahmen		+350.537,97€	+419.467,50€	+416.954,29€
Ausgaben		-433.619,06€	-446.404,95€	-412.316,91€
Ergebnis		-82.008,02€	-26.937,45€	-4.637,38€
Vorträge aus dem Vorjahr	-135.471,36€	-52.390,70€	-25.453,52€	-29.090,63€€
Übertrag in das Folgejahr		-135.471,36€	-52.390,70€	-25.453,52€

Zur Information:

Für das Jahr 2011 sind als Zuschuss an die Pro Arbeit e.V. im Etat eingestellt:

- 59.500 € allgemeiner Zuschuss unter 05.04.03
- 12.000 € Zuschuss Asyl unter 05.04.01

= 71.500 € Gesamtzuschuss

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Kommunale Beschäftigungsförderung; Kooperationsvertrag II ab 01.01.2012 und Folgejahre; Zuschussbewilligung PRO ARBEIT Oelde ab 01.01.2012 und Folgejahre Vorlage: B 2011/500/2269

Frau Gröver teilt mit, dass seit 2003 die Stadt Oelde und der Verein Pro Arbeit e.V. eng und vertrauensvoll im Rahmen der Kommunalen Beschäftigungsförderung zusammen arbeiten.

Durch die geänderten gesetzlichen Bestimmungen im SGB II und anstehende Wahrnehmung der Beschäftigungsförderung SGB II durch den Kreis Warendorf im Rahmen der Option sollte eine Vertragsanpassung erfolgen, sobald die neuen Rahmenbedingungen für die Beschäftigungsförderung bekannt sind.

Der aktuelle Kooperationsvertrag läuft zum 31.12.2011 aus, weil bei den Vorberatungen von einem neuen Konzept zur Beschäftigungsförderung mit Umstellung auf die Option im Kreis Warendorf zum 01.01.2012 ausgegangen wurde.

Auf Nachfrage aus Politik und Verwaltung ist bekannt, dass der Kreis bei der Beschäftigungsförderung auf die bisher im Kreisgebiet tätigen Beschäftigungsträger zurückgreifen will.

Für einen nahtlosen Übergang sind bestehende Vereinbarungen mit Beschäftigungsträgern wie dem Verein Pro Arbeit e.V. bis zum 30.06.2012 verlängert worden.

Aktuelle Details zum künftigen Konzept der Beschäftigungsförderung im Kreis ab 01.01.2012 haben in der heutigen Sitzung Frau Schreier und Herrn Hanewinkel vorgestellt (siehe TOP 4 der heutigen Sitzung). Frau Schreier und Herr Hanewinkel haben in ihrem Vortrag auf die gute Zusammenarbeit mit der PRO ARBEIT hingewiesen und wünschen sich für die Zukunft eine weitere Zusammenarbeit mit der PRO ARBEIT.

Hintergrunddetails zur erforderlichen Vertragsanpassung zwischen der Stadt Oelde und dem Verein Pro Arbeit e.V enthält die Sachverhaltsdarstellung zur Sitzung vom 31.03.2011, auf die an dieser Stelle verwiesen wird.

Lediglich die wesentlichen Details seien hier wiederholt:

- Mit dem Vertrag wird die Fortführung der Kommunalen Beschäftigungsförderung als freiwillige Aufgabe längerfristig gesichert (§ 5 Laufzeit zunächst 3 Jahre fest, dann unbefristet mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten)
- Der Vertrag definiert ein Mindestspektrum an Aufgaben rund um den Bahnhof, das vorrangig von der PAO erfüllt werden soll (§ 1 Abs. 4)
- Mindestöffnungszeiten für Radstation und Kiosk sind für den vereinbarten Zuschuss festgelegt (§ 4)
- Der Verein erhält eine Finanzierungssicherheit durch Koppelung des Zuschusses an Personalkosten der Anleiter in der Radstation und im Kiosk (§ 4).

Mit dem für 2011 bewilligten Zuschuss in Höhe von 71.500 € hat der Verein Pro Arbeit e.V. die Öffnungszeiten in der Radstation und im Kiosk einschränken müssen, um das bisher vom Verein in Rheda-Wiedenbrück getragene Defizit aus den Projekten der PRO ARBEIT Oelde nicht weiter zu erhöhen. Mit der Kürzung der Öffnungszeiten haben sich Politik und Verwaltung im Rahmen der Etatberatungen 2011 einverstanden erklärt.

Das aktuell nach 2011 zu übertragende Defizit beläuft sich auf rund 135.000€; Einzelheiten siehe unter TOP 5 dieser Sitzung.

Frau Gröver berichtet, dass bei der Überprüfung der Bindungsfristen (= Zeitpunkt, bis zu dem der im Förderbescheid genannte Zweck mindestens beibehalten werden muss) festgestellt wurde, dass die Stadt Oelde den Betrieb der Radstation noch bis mindestens 29.09.2015 sicherstellen muss. Andernfalls müssen Fördergelder an die Bezirksregierung zurückgezahlt werden. Nach ersten Ermittlungen – für die keine Gewähr übernommen werden kann – wäre zum jetzigen Zeitpunkt eine Erstattung von rund 120.000 € fällig, sollte der Betrieb der Radstation jetzt aufgegeben werden.

Weiter hatte die Politik die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Radstation und Kiosk als „Integrativer Betrieb“ geführt werden können.

Zu Erläuterung:

- Integrationsprojekte (IP) werden unternehmerisch geschaffen und nicht durch Zuschüsse, diese können allenfalls zeitlich eng begrenzt bewilligt werden,
- IP sind Wirtschaftsunternehmen, die am Markt agieren und sich behaupten müssen,
- IP können entstehen, wenn langfristige Marktchancen vorhanden sind,
- IP müssen Umsätze und Erträge durch wirtschaftliche Betätigung erwirtschaften.

Sowohl Pro Arbeit e.V. wie die Freckenhorster Werkstätten sehen wegen fehlender Rentabilität keine Möglichkeit, Radstation und Kiosk am Bahnhof als Integrativen Betrieb zu führen.

Damit ergeben sich nachfolgende Fakten:

- Der Betrieb der Radstation muss bis 29.09.2015 aufrecht erhalten werden, wenn keine Fördergelder zurückgezahlt werden sollen.
- Für den Betrieb eines Integrativen Betriebes fehlt die notwendige dauerhafte Rentabilität.
- Der Betrieb von Radstation/ Kiosk ist auf Dauer trotz Fördermitteln aus dem Bereich SGB II/SGB III nicht kostendeckend zu führen.
- Der freiwillige Zuschussrahmen der Stadt Oelde entscheidet über Öffnungszeiten in der Radstation und im Kiosk sowie die Ausführung der gewünschten zusätzlichen Reinigungsarbeiten rund um den Bahnhof etc..
- Als Betreiber der Einheit „Radstation und Kiosk“ und als Partner für die Kommunale Beschäftigungsförderung kommt derzeit nur der Verein Pro Arbeit e.V. in Frage.

Aus Sicht der Verwaltung sollte die Fortsetzung der Kooperation zur Beschäftigungsförderung zwischen dem Verein Pro Arbeit e.V. und der Stadt Oelde unter dieser Prämisse bis 30.06.2012 übergangslos zu den gleichen Bedingungen erfolgen.

Wenn die Rahmenbedingungen für die Beschäftigungsförderung zu ähnlichen Vorgaben erfolgen, ist im Anschluss der Kooperationsvertrag bis zum 31.12.2014 fortzuführen.

Damit wären der Betrieb Radstation/Kiosk und der Fortbestand der PRO ARBEIT Oelde für die Vertragsparteien Stadt Oelde und den Verein Pro Arbeit e.V. mittelfristig zufriedenstellend gesichert.

In der anschließenden Diskussion gibt Frau Geiger zu bedenken, dass der Kreis derzeit sein Konzept zur Beschäftigungspolitik noch nicht verabschiedet habe und mit einer Entscheidung erst Anfang nächsten Jahres gerechnet werden könne. Aus ihrer Sicht könne daher trotz der heutigen positiven Darstellung zur Beschäftigungspolitik von Frau Schreier, Jobcenter, über eine Fortsetzung der kommunalen Beschäftigungsförderung über den 30.06.2012 hinaus, noch nicht entschieden werden.

Frau Wickenkamp teilt diese Ansicht nicht, da die Formulierung im Beschlussvorschlag der Verwaltung ausdrücklich festhält, dass die Vertragsfortsetzung nur erfolgen soll, wenn die Rahmenbedingungen der Beschäftigungsförderung im Kreis Warendorf inhaltlich den aktuellen Rahmenbedingungen weiter entsprechen. Unter dieser Prämisse würde der Vertrag nach dem 30.06.2012 daher nur verlängert,

wenn die Beschäftigungsförderung ähnlich wie bisher weitergeführt wird und der Verein Pro Arbeit e.V. sich wie bisher einbringen kann. Eine positive Entscheidung für die Fortführung der Beschäftigungsförderung sei jetzt als klares Signal an den Verein Pro Arbeit e.V. erforderlich, um die in der Vergangenheit geführten Diskussionen zu beenden und der PRO ARBEIT eine Planungssicherheit zu geben.

In diesem Zusammenhang schlägt Herr Westerwalbesloh vor, die Vertragslaufzeit vom 31.12.2014 auf den 31.12.2015 zu verlängern, weil zum einen die Bindungsfrist für die Fördergelder bestehe und nach den Neuwahlen im Herbst 2014 vom neu gewählten Rat nicht sofort eine Entscheidung zur kommunalen Beschäftigungsförderung erwartet werden könne.

Nach dieser Diskussion ist sich der Sozialausschuss einig, dass zur Beratung über den Kooperationsvertrag ein positives Signal an die Fraktionen weitergeleitet werden soll, den Kooperationsvertrag bis zum Jahr 2015 zu beschließen und somit auch den Gesamtzuschuss auf 72.000 € pro Jahr bis 2015 festzusetzen. Das Laufzeitende 31.12.2015 erscheint mit Blick auf die Zweckbindung und Neuwahlen in 2014 angebracht.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Wegen der Tragweite der vertragsrechtlichen und finanziellen Auswirkungen in 2012 und Folgejahre wird zunächst in die Beratungen der Fraktionen verwiesen. Eine Beschlussempfehlung soll in der Sondersitzung am 17.11.2011 erfolgen.

Beschlussempfehlung für die Sitzung am 17.11.2011:

1. Der Ausschuss empfiehlt, den Kooperationsvertrag II vom 03.05.2011 zunächst bis zum 30.06.2012 fortzuführen. Der Vertrag soll anschließend eine Laufzeit bis zum 31.12.2014 erhalten, wenn der Kreis Warendorf als Optionskommune SGB II die Rahmenbedingungen für die Beschäftigungsförderung im Kreis Warendorf festgelegt hat und diese inhaltlich den aktuellen Rahmenbedingungen weiter entsprechen.
2. Der Ausschuss empfiehlt, für die Laufzeit des Vertrages (Jahre 2012-2014) den Gesamtzuschuss auf 72.000 €/Jahr festzusetzen. Mit dem Zuschuss soll der Fortbestand der PRO ARBEIT Oelde und der Betrieb der Radstation und des Kiosks mittelfristig mit den aktuell bestehenden Öffnungszeiten gesichert werden.

7. Sachbericht SGB XII; Entwicklung der Fallzahlen, Kostenentwicklung Vorlage: M 2011/500/2270

Frau Gröver berichtet, dass der Trend aus den Vorjahren – steigende Fallzahlen – sich nach einem geringfügigen Rückgang der Fallzahlen im 3. Kapitel (Sozialhilfe) ungemindert fortsetzt.

Der Rückgang war u.a. begründet in Zurückweisungen an den Bereich SGB II, weil für diesen Personenkreis zunächst Ansprüche auf Erwerbsminderungsrenten oder eine grundsätzliche Erwerbsfähigkeit geprüft werden mussten. Dieses erforderliche Verwaltungsverfahren zögert die Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers nur hinaus; in den meisten Fällen kommt es nach etwa einem Jahr zu einem Wechsel vom SGB II zum SGB XII.

In den nächsten Jahren werden vermehrt Personen Grundsicherung im Alter (SGB XII – 4. Kapitel) beantragen müssen, weil sie mit nur geringen Rentenansprüchen aus dem SGB II-Leistungsbezug ausscheiden.

Die auffällige Kostensteigerung in der Sozialhilfe/Grundsicherung pro Fall ist durch höhere Regelsätze, höhere anzuerkennende Mieten, Nachzahlungen für Energiekosten und Übernahme von Warmwasserkosten begründet. Ab 2012 wird der Regelsatz für einen Alleinstehenden noch einmal um voraussichtlich 10 Euro erhöht.

Die Kosten für Bildung und Teilhabe verursachen im SGB XII nur wenig Mehrausgaben, weil Kinder nur in Ausnahmefällen Leistungen erhalten.

Die Kosten der Sozialhilfe/Grundsicherung werden den Etat der Stadt Oelde über die Kreisumlage belasten.

Fallzahlen SGB XII	1 HJ 2009	1 HJ 2010	1. HJ 2011
	Durchschnitt	Durchschnitt	Durchschnitt
3. Kapitel (Sozialhilfe)			
Fälle*	18	12	17
Hilfeempfänger	22	16	19
4. Kapitel Grundsicherung			
Fälle	125	132	134
Hilfeempfänger u 65	58	73	65
Hilfeempfänger ü 65	93	60	70

* Zahl nicht gleich mit Hilfeempfängern!

Kosten/HJ	1.HJ 2009	1. HJ 2010	1. HJ 2011
	36.580,00	51.352,00	65.022,00
3. Kapitel (Sozialhilfe)	€	€	€
4. Kapitel (Grundsicherung)	279.687,00	322.689,00	354.433,00
	€	€	€
Personen unter 65J	141.447,00	180.655,00	192.696,00
	€	€	€
Personen über 65 J	138.240,00	142.034,00	161.737,00
	€	€	€
Gesamtausgaben 3+4. Kap. SGB XII	316.267,00	374.041,00	419.455,00
	€	€	€

Kosten pro Hilfeempfänger/HJ	1. HJ 2009	1. HJ 2010	1.Quartal 10
	1.662,73	3.209,50	3.422,21
3. Kapitel (Sozialhilfe)	€	€	€
	2.438,74	2.474,73	2.964,55
Personen unter 65J	€	€	€
	1.486,45	2.367,23	2.310,53
Personen über 65 J	€	€	€

Kosten pro Hilfeempfänger/Monat	1. Quartal 09	3. Quartal 09	1.Quartal 10
3. Kapitel (Sozialhilfe)	277,12	534,92	570,37

	€	€	€
Personen unter 65J	406,46	412,45	494,09
	€	€	€
Personen über 65 J	247,74	394,54	385,09
	€	€	€

Es ist notwendig, dass eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 110.000 € für die Ausgaben nach dem SGB XII genehmigt werden muss. Im kommenden Jahr wird sich dies auch bei der Kreisumlage widerspiegeln.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8. Sachbericht Asyl Vorlage: M 2011/500/2273

Asylsituation 2011

Frau Gröver berichtet, dass im Vergleich zu den Zahlen aus Februar 2011 sich an den Asylbewerberzahlen nicht viel geändert hat. Alle drei Häuser am Axthausener Weg 23 werden weiterhin als Unterkunft genutzt.

In Haus 23b leben zwei Mütter mit Säuglingen und eine Mutter mit erwachsenem Kind.

Aktuell sind 44 Personen in laufenden Asylverfahren, 25 Personen sind in den Übergangwohnheimen untergebracht.

Neben dem bereits im Februar dargestellten Fall einer älteren Asylbewerberin im Heim konnte ein weiterer kostenintensiver Fall in die Grundsicherung SGB XII überstellt werden, die Ausgaben für beide Personen (ca. 40.000) belasten den Haushalt der Stadt Oelde künftig nicht mehr direkt, sondern über den Anteil an der Kreisumlage.

Für die Jahre 2012/2013 kann aus Sicht der Verwaltung dennoch nicht mit einer Kostenentlastung im Asylbereich gerechnet werden, weil eine Überarbeitung der Regelsätze im Asylrecht und eine Neufassung der sogenannten Landespauschale für die Betreuung von Flüchtlingen geplant ist.

Trotz angespannter Haushaltsslage beabsichtigt die Verwaltung weiterhin, für Asylbewerber Kosten für Deutschkurse an der VHS zu übernehmen, wenn diese regelmäßig besucht werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. Sachbericht Wohngeld Vorlage: M 2011/500/2272

Frau Gröver berichtet, dass Im Vergleich zu den im Frühjahr vorgestellten Daten sich keine signifikanten Veränderungen ergeben haben.

Berichtet wird an dieser Stelle deshalb nur über die seit April 2011 möglichen Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT), die auch von Wohngeldempfängern in Anspruch genommen werden können.

Auf ausdrückliche Veranlassung von Bund, Land und Kreis sind alle potentiellen Nutznießer für Leistungen aus dem sog. Bildungspaket mehrfach auf die neuen Leistungen für ihre Kinder hingewiesen worden, damit jedes berechnete Kind die ihm zustehenden Leistungen erhält. Inzwischen liegen die Broschüren in mehreren Sprachen vor und sind hier in Oelde v.a. über Schulen und Kindergärten verteilt worden. Alle beteiligten Fachdienste der Stadt Oelde und der Kreis Warendorf als Bewilligungsbehörde haben hier eng zusammengearbeitet und Informationen gebündelt weitergegeben.

Vor allem für Bezieher von Wohngeld sind die Leistungen aus dem Bildungspaket neu und besonders wichtig: alle Leistungen werden nur auf Antrag gewährt!

Anders als im SGB-II, SGB XII – Bereich können Wohngeldbezieher Leistungen z.B. für Mittagessen auch noch rückwirkend erhalten.

Was leistet die Stadt Oelde – FD 500/Wohngeld in diesem Zusammenhang mit BuT? Im FD 500 werden Fragen rund um das Bildungs- und Teilhabepaket beantwortet, die Anträge entgegengenommen und vervollständigt. Der Kreis Warendorf hat die Bewilligung der Anträge, nicht wie zunächst geplant auf die Kommunen delegiert, sondern gebündelt und bearbeitet zentral alle Anträge der Wohngeldempfänger/Empfänger eines Kinderzuschlags.

Übersicht über beantragte Leistungen Bildung und Teilhabe – bis 39. KW/11

Nach Listen des LDS leistungsberechtigte Kinder: 378

Statistische Erfassung Bildung und Teilhabe (Wohngeld)		
Kalenderwoche	Bis 39. KW	
Ausflüge Schüler	34	
Ausflüge KiTa	2	
mehrtägige Klassenfahrten	44	
mehrtägige KiTa-Fahrten	0	
persönlicher Schulbedarf	146	
Schülerbeförderung	4	
Lernförderung	5	
Mittagsverpflegung Schüler	53	Bisher über Familienpass möglich
Mittagsverpflegung KiTA	7	
Mittagsverpflegung Tagespflege	0	
Teilhabe	57	
Summe	352	

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

10. Familienpolitische Förderung; Familienpass Vorlage: B 2011/500/2274

Frau Gröver berichtet, dass durch die Einführung der neuen Leistungen Bildung und Teilhabe (BuT) für Bezieher von Wohngeld, Kinderzuschlag und Leistungen SGB II/SGB XII sich eine Überschneidung mit Leistungen aus dem Oelder Familienpass ergibt. Eine Übersicht der Überschneidungen wurde in der

Sitzung des Sozialausschusses am 31.03.2011 vorgelegt und daraufhin beschlossen, über die Weiterführung der Familienpassförderung erst nach einem Erfahrungsbericht zu den noch nachgefragten Leistungen aus dem Familienpass zu entscheiden.

Alle nachfolgenden Zahlen können nur einen Trend wiedergeben, weil Zahlen nicht konsequent festgehalten worden sind.

Bei der Berechnung des Elternanteils für das Mittagessen wird aus dem FD 400 auf die Zuordnung zur untersten Beitragsstufe abgestellt, der Familienpass muss nicht zwingend vorgelegt werden, so dass viele Eltern sich keinen Pass ausstellen lassen.

Ausgestellte Pässe 2011: 107

Grund:		Anspruch BuT
Behinderung	24	Nein, wenn aussch. Behinderung vorliegt
Asyl	2	ja
Kinderzuschlag KIZ	9	ja
Arbeitslosengeld II/HZL	65	ja
Wohngeld	1	ja
Ohne Eintrag	6	Unklar, vermutlich ja

Bis September 2011 bewilligte Zuschüsse:

1. Allgemeiner Teil Familienpass insgesamt : 4.612 €

Zuschüsse für Ferienfreizeiten in 5 Fällen gezahlt – Kosten: 474,00€
 Der größten Kostenanteil der Zuschüsse fällt auf Kurse der VHS mit 1.540,00€.

Zuschüsse zu Kulturveranstaltungen im Forum wurden in 2 Fällen gezahlt, Zuschüsse zu Hallenbadkarten, Fahrtkosten, Büchereiausweis bisher nicht abgerufen.

2. Zuschüsse zum Mittagessen: 144,00€

Die Abrechnung für die Zuschüsse zum Mittagessen Jan. – Juli sind noch nicht abgeschlossen, deshalb liegt hier noch kein abzurechnender Betrag vor.

Ein Zuschuss für Mittagessen in der Erich-Kästner-Schule wurde bisher erst in einem Fall bewilligt; Kosten 144,00€.

In die unterste Beitragsstufe in den OGS sind 103 Kinder von insgesamt 291 Kindern eingestuft. 84 der Kinder bzw. deren Eltern erhalten eine Sozialleistung, die einen Anspruch auf BuT-Leistungen auslöst. Ansprüche aus dem Familienpass haben damit noch weitere 17 Kinder im laufenden Schuljahr.

Wer müsste auf eine Förderung verzichten, sollte der Familienpass abgeschafft werden:

- Familien mit behinderten Kindern oder einem behinderten Elternteil, wenn dies der einzige Grund für den Familienpass ist
- Familien, die der untersten Beitragsstufe der OGS zugeordnet sind, aber keine laufenden Sozialleistungen erhalten
- Asylbewerber mit fortgeschrittenen Sprachkenntnissen, Asylbewerber ohne Sozialleistungsansprüche
- Erwachsene Familienmitglieder auf Kulturveranstaltungen Forum, VHS-Kurse, Bücherei-Ausweise

Wozu soll der Unterstützungsfond in Höhe von 8.000€ dienen:

- für Erstattungen an Familien mit behinderten Kindern, insbesondere Zuschuss zum Mittagessen

- für einen Zuschuss zum Mittagessen für Eltern der untersten Beitragsstufe OGS, die keine Sozialleistungen erhalten
- für Ferienfreizeiten nach Staffelung im aktuellen Familienpass
- für 50% Zuschuss zu VHS-Kursen für Asylbewerber mit fortgeschrittenen Sprachkenntnissen und Asylbewerber ohne Sozialleistungsansprüche

Herr Jathe ergänzt, dass die meisten unterstützenden Leistungen, die durch den Familienpass bezahlt werden, über die neue gesetzliche Regelung „Bildung und Teilhabe“ abgedeckt sind. Um alle Eltern gleichmäßig zu informieren, wurden Erläuterungen zur Antragstellung und dem Berechtigtenkreis u.a. an die Schulen weitergegeben. Außerdem sind diese Erläuterungen in weiteren Sprachen wie russisch und türkisch verfasst. Diese Erläuterung wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Unter diesen Vorgaben schlägt die Verwaltung vor, den Familienpass der Stadt Oelde ab 01.01.2012 unter Beibehaltung der bisherigen Kriterien in eine Familienunterstützung umzuwandeln, aus dem in berechtigten Einzelfällen Zuschüsse gezahlt werden können. Die Fachdienstleitung des FD 500 sollte ermächtigt werden, in diesem Rahmen Zuschüsse zu bewilligen. Sie ist aufgefordert, dem Ausschuss darüber jährlich zu berichten.

Die Verwaltung schätzt den Finanzbedarf für diese Familienunterstützung auf 8.000€ pro Jahr.

Der Sozialausschuss unterstützt die Neuregelung, den Familienpass in der bisherigen Form aufzugeben und eine Haushaltsstelle für „Familienunterstützung“ in Höhe von 8.000 € für 2012 einzurichten.

Beschluss:

Der Familienpass der Stadt Oelde wird mit Wirkung zum 01.01.2012 unter Beibehaltung der bisherigen Bewilligungskriterien in eine „Familienunterstützung“ umgewandelt. Die Fachdienstleitung des FD 500 wird ermächtigt, unter Berücksichtigung dieser Kriterien Einzelfallentscheidungen zu treffen. Dem Ausschuss ist die Mittelbewilligung jährlich darzustellen.

Im Etat 2012/2013 ist ein Ansatz in Höhe von 8.000€ für die Familienunterstützung vorzusehen.

11. Sachbericht Förderung Seniorenarbeit/Ehrenamt/Integrationsarbeit Vorlage: M 2011/500/2275

Frau Gröver berichtet, dass nach der Anmietung der Räume im Bahnhof 2A durch PariSozial das SeniorenForum und die Ehrenamtszentrale kurzfristig in den Sommerferien in ein neues Domizil umziehen mussten. Nach kurzen Umbauarbeiten einschließlich Einbau einer Rampe für einen barrierefreien Zugang sind das SeniorenForum z.B. mit Internet-Cafe, Spielegruppe, Hand in Hand und die Ehrenamtszentrale in das ehemalige Lehrerzimmer der Overbergschule in die Overbergstr. 4 eingezogen.

Die Ehrenamtlichen sowie Besucher freuen sich über das größere Raumangebot, das für weitere Angebote z.B. monatlicher Sonntagstreff, genutzt werden soll.

Positiv gesehen wird auch der Kontakt zu den Schülern der Pestalozzischule, der auf jeden Fall für gemeinsame Projekte ausgebaut werden soll.

In der Ehrenamtszentrale sind inzwischen viele Angebote für ehrenamtliche Einsätze erfasst, vor allem in der Betreuung in der OGS, den Senioreneinrichtungen, in Kindergärten. Hier sind freiwillige Helfer und Helferinnen gesucht.

Die VHS bietet einen neuen Kurs für Integrationslotsen und Interessenten für Ehrenamtsarbeit, der neben Informationen zum Ehrenamt z.B. auch Kenntnisse zum interkulturellen Miteinander, in Gruppenarbeit vermitteln soll.

Die Adventstermine zum Besuch der Altenheime und dem Franziskushaus durch die Ausschussmitglieder werden bei der nächsten Sitzung am 17.11.2011 bekannt gegeben.

Frau Gröver teilt mit, dass für die Einrichtung des Büros der Ehrenamtszentrale und des SeniorenForums ein neuer PC angeschafft wird, da der alte PC den Transport nicht überstanden hat.

Zu der Integrationsarbeit teilt Frau Gröver mit, dass 2011 leider kein weiterer Integrationskurs zustande kommt. Es sind jedoch Einzelmaßnahmen geplant, z.B. Interkulturelles Verständnis und Führung von Gesprächen (z.B. Dolmetscher), Führung im Marienhospital und ein Kurs für pflegende Angehörige.

Weiterhin ist geplant, einen Seniorenwegweiser in 2012 neu aufzulegen. Dieser wird durch Werbung finanziert, sodass für die Stadt Oelde keine Sachkosten entstehen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

12. Verschiedenes

12.1. Anfragen an die Verwaltung

- Pfarrer Bovekamp schlägt vor, für den Bereich „Wohnen und Leben im Alter“ Hilfen und Informationen anzubieten.
Frau Gröver teilt mit, dass bereits in der Verwaltung überlegt wurde, evtl. im kommenden Jahr eine Seniorenmesse zu diesem Thema durchzuführen. Die letzte Seniorenmesse ist schon eine Weile her. Die Bereitstellung von Geldern in den Haushalt der Stadt Oelde ist hierfür Voraussetzung.
- Frau Wickenkamp fragt an, inwieweit das Gesetz zur Teilhabe und Integration eine zentrale Anlaufstelle vorsieht. Herr Jathe teilt mit, dass diese Angelegenheit Sache des Kreises ist und im nächsten Jugendhilfeausschuss hierüber berichtet wird.

12.2. Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

Hiltrud Krause
Vorsitzende

Hannelore Rampelmann
Schriftführerin